

Zu wenig Geld für die Assistenzärzte

FINANZIERUNG Die Unispitäler schlagen Alarm: Mit dem neuen Tarifsysteem würden ihre Leistungen zu wenig entschädigt. Das könnte personelle Konsequenzen haben.

EVELINE RUTZ, BERN
eveline.rutz@luzernerzeitung.ch

Die ärztliche Weiterbildung ist gefährdet. Diese Befürchtung äusserten die fünf Schweizer Universitätsspitäler gestern vor den Medien. «150 Millionen Franken pro Jahr sind nicht gedeckt», sagte Rita Ziegler, Vorsitzende der Spitaldirektion des Universitätsspitals Zürich. Schuld daran sei die neue Spitalfinanzierung. Seit Januar werden die stationären Leistungen nach einem neuen Tarifsysteem, dem sogenannten Swiss DRG, vergütet. Den Spitälern wird je nach Diagnose und Schweregrad einer Erkrankung eine Pauschale überwiesen. Damit nicht mehr abgedeckt sind allerdings die Kosten für die Aus- und Weiterbildung des medizinischen Nachwuchses. Das sei fatal, betonte Rita Ziegler. Die Qualität der gesamten medizinischen Versorgung werde aufs Spiel gesetzt. Den Universitätsspitalern, welche einen Grossteil der Medizinstudiumabsolventen zu Fachärzten weiterbildeten, fehlten erhebliche Beträge.



Arbeiten eng zusammen: Assistenzarzt Lorenz Haldemann (rechts) mit Jonathan Spycher, Chefarzt für Orthopädie im Spital Interlaken. EQ/Peter Mosimann

Problem kommt nicht überraschend

Von einem «drohenden Notstand» spricht auch Werner Bauer, Präsident des Schweizerischen Instituts für ärztliche Weiter- und Fortbildung (SIWF). Vor der Umstellung des Verrechnungssystems sei schlicht nicht geklärt worden, wie künftig die Weiterbildung finanziert werde. In diesem Jahr werde man improvisieren müssen. Da seien nun die Kantone gefordert. «Bei der Weiterbildung Abstriche zu machen, wäre eine Katastrophe.» Dies würde sich insbesondere in Spezialbereichen schnell negativ bemerkbar machen – Qualitätseinbussen seien absehbar.

Carlo Conti, Präsident der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK) sowie Verwaltungsratspräsident der Swiss DRG AG, versteht die Besorgnis. «Der Gesetzgeber hat es versäumt, sich in diesem Punkt festzulegen.» Das Problem sei allerdings längst erkannt. Tatsächlich ist eine Arbeitsgruppe von Bund und Kantonen seit 2011 daran,

eine schweizweite Lösung zu erarbeiten. Am wahrscheinlichsten ist es, dass Weiterbildungsspitäler pro Assistenzarzt künftig einen zusätzlichen Beitrag erhalten. Wie hoch dieser ausfallen soll, ist jedoch umstritten. Im Gespräch sind 25 000 bis 35 000 Franken; die Spitäler beziffern ihre Kosten teilweise höher. «Es kommt darauf an, was man alles einrechnet», gibt SIWF-Präsident Bauer zu bedenken. Entscheidend sei, dass man in diesem Jahr noch ein Modell aufgleise. Verschiedene Kantone haben dies in Eigenregie bereits getan.

Zum Teil fehlen Vergleichswerte

Ein Abbau von Weiterbildungsplätzen ist bis jetzt noch nicht festzustellen. Christian Hess, Chefarzt am Spital Affoltern, führt dies auf die hohe Motivation der Kaderärzte zurück. Es brauche

«Bei der Weiterbildung Abstriche zu machen, wäre eine Katastrophe.»

WERNER BAUER, INSTITUT FÜR
ÄRZTLICHE WEITER- UND
FORTBILDUNG

relativ viel, bis sie die Aus- und Weiterbildung vernachlässigten. Hess fordert, dass alle Spitäler gleich behandelt werden. «Die Anfänger, die viel Betreuung brauchen, sind ja in den Regional- und nicht in den Universitätsspitalern.»

Kritik äussern die Universitätsspitäler zudem an den Fallpauschalen an sich. Diese seien zu wenig ausdifferenziert und bildeten die komplexen Fälle nicht angemessen ab. Bei der jetzigen Tarifstruktur entgingen den Unikliniken dadurch rund 350 Millionen Franken. Als Beispiel für das breite Spektrum, in dem sich Kosten einer Diagnose bewegen können, nannte Ziegler Brandverletzungen. 2011 behandelte das Universitätsspital Zürich 33 solcher Fälle. Die Kosten bewegten sich zwischen 120 000 und 1 Million Franken. «Da lässt sich schlicht kein statistischer Durchschnitt berech-

nen», so die Vorsitzende der Spitaldirektion. Die Tarifstruktur gelte es darum dringend zu überarbeiten.

Verschiedene Spitalkategorien?

Dass das neue Verrechnungssystem in den ersten Jahren laufend weiterentwickelt werden müsse, sei immer klar gewesen, entgegnet GDK-Präsident Conti. Die Schweizer Spitallandschaft sei sehr heterogen. Dem könne etwa mit Zusatzentgelten für besonders kostenintensive Behandlungen Rechnung getragen werden. Eine andere Variante sei, unterschiedliche Kategorien von Spitälern zu schaffen. Sie seien nicht grundsätzlich gegen Swiss DRG, liessen die Universitätsspitäler gestern wissen. Sie hätten auch keine Probleme mit einem Wettbewerb. Dieser sei legitim – solange man eben Äpfel mit Äpfeln vergleiche.

Bundesrat lässt auf sich warten

SPITALSTREIT bin. Seit Mitte April könnte der Streit um Patientendaten zwischen Spitälern und Krankenkasse beigelegt sein, doch der Bundesrat lässt mit der dringend erwarteten Regelung auf sich warten.

Worum geht es? Einige Krankenkassen verlangen von den Spitälern persönliche Patientendaten betreffend Behandlung und Diagnose. Sie argumentieren, dass sie diese für die Rechnungskontrolle bräuchten. Die Spitäler ihrerseits wollen die Daten mit Verweis auf den Datenschutz und den administrativen Aufwand nicht liefern. Gewisse Kassen verweigern die Zahlung von Rechnungen, wenn sie die Daten nicht erhalten, so etwa die Helsana (wir berichteten). Durch die ausstehenden Beträge fürchten die Spitäler wiederum Liquiditätseingüsse. Der Bundesrat hat nun den Auftrag erhalten, die Streitfrage in einer Verordnung zu regeln.

Die Frist ist am 13. April abgelaufen, folglich könnte die Verordnung seither

in Kraft sein – ist sie aber nicht. Beim Bundesamt für Gesundheit heisst es auf Anfrage, «wir können noch nichts zu einem bestimmten Zeitpunkt sagen». Der Bundesrat werde zu gegebener Zeit kommunizieren. Ein Verordnungsentwurf wurde bereits im Februar den Parlamentskommissionen vorgelegt.

Unsicherheit stört das Geschäft

Für die Verzögerung haben beide Streitparteien kein Verständnis. «Es ist unbedingt nötig, dass der Bundesrat die Verordnung baldmöglichst in Kraft setzt, wir brauchen Klarheit», sagt Bernhard Wegmüller, Direktor des Spitalverbandes H+. Beim Krankenkassenverband Santésuisse klingt es ähnlich. Sprecher Paul Rhyn: «Die Unsicherheit stört das Geschäft massiv. Die Kassen müssen sich für eine korrekte Prüfung der Rechnungen auf die Verordnung abstützen können.»

BARBARA INGLIN
barbara.inglin@luzernerzeitung.ch

Kleinere Spitäler haben weniger Probleme

ZENTRALSCHWEIZ Mit ähnlichen Problemen wie die Universitätsspitäler (siehe oben) kämpfen auch Zentrums-spitäler wie etwa das Luzerner Kantonsspital. «Die Einführung des neuen Tarifsystems fördert grundsätzlich die Behandlung von nur einem Krankheitsbild. Bei Patienten mit unterschiedlichen Leiden ist es aus finanzieller Sicht oftmals nicht interessant, alles beim gleichen Spitalaufenthalt zu behandeln», sagt Hansjörg Schmid, Departementsleiter Finanzen und Personal. Das führe zu einem Zielkonflikt zwischen Patientenwohl und finanziell rentabler Behandlung.

Zu wenige Zusatzentgelte

«Wir stellen auch fest, dass seltene Krankheiten oder Unfälle, wie sie fast ausschliesslich an Universitäts- oder Zentrums-spitalern behandelt werden, im neuen System zum Teil sehr ungenau abgebildet sind und die effektiven Kosten nicht widerspiegeln», so Schmid. In Deutschland seien zu die-

sem Zweck Zusatzentgelte eingeführt worden, um besonders teure Medikamente, Implantate und aufwendige Einzelbehandlungen abzugelten. «In der Schweiz wurden bisher erst drei Zusatzentgelte eingeführt, deren Wirkung sich im Promillebereich bewegt und als anekdotisch zu bezeichnen ist.» Es sei unverständlich, warum die Schweiz nicht ein gleiches System wie Deutschland gewählt habe.

Kleine Spitäler, kleinere Probleme

Auf den ersten Blick weniger problematisch ist die neue Spitalfinanzierung in anderen, kleineren Zentralschweizer Spitälern über die Bühne gegangen. «Nach bald vier Monaten Erfahrung mit der neuen Spitalfinanzierung zeigen sich für das Kantonsspital Obwalden weder negative noch positive Folgen», sagt etwa Thomas Kaeslin, Chefarzt Klinik Medizin am Kantonsspital Obwalden.

Ähnlich klingt es auch am Zuger Kantonsspital. Spitaldirektor Matthias

Winistörfer sagt, dass sich die Veränderungen mit der neuen Finanzierung bisher im «erwarteten Rahmen» bewegt hätten. Somit komme es derzeit auch nicht in Frage, im Nachwuchsbereich Personal, etwa Assistenzärzte, einzusparen. «Wir haben bei der Finanzierung der Assistenzärztweiterbildung ein eigenes, befriedigendes Modell erarbeitet», so Winistörfer. Dieses diene als «Übergangslösung». «Wir erwarten, dass ab 2013 eine schweizweit anwendbare Regelung getroffen ist.»

Noch Fragen offen

Ernst Frank, Geschäftsführer der Zentralschweizer Spitäler (Spize), weist darauf hin, dass in der Zentralschweiz bereits seit 2004 mit APDRG, dem Vorgängermodell der heutigen Swiss DRG, abgerechnet wurde. «Trotzdem sind wichtige Fragen wie etwa die Datenlieferung oder der Umfang der künftigen Investitionsabteilung noch offen.»

BARBARA INGLIN
barbara.inglin@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE



Besuchen Sie uns an der LUGA

27. April bis 6. Mai

LUGA

Halle 2/C 254

Würfeln Sie bis zu

6%

Zusatz-Rabatt

MÖBEL PORTMANN

Wohnideen aus Schüpfheim

«Ein herrliches Wohngefühl mit dem Naturprodukt Holz...»
Martin Wigger, Verkauf/Administration



PAVIA Tisch, Nussbaum massiv, 100 x 220 cm Fr. 3264.-
Stuhl in Nussbaum, Sitz gepolstert Fr. 727.-



Zu Möbel Portmann mit der Bahn
Luzern: 34 Minuten, Langnau: 21 Minuten,
Willisau: 29 Minuten

Donnerstag Abendverkauf bis 21.00 Uhr | Montagmorgen geschlossen | Telefon 041 484 14 40 | www.moebel-portmann.ch | Kostenlose Lieferung, Montage und Entsorgung